

Aktuelle vergaberechtliche Rechtsprechung im Überblick

Sarah Steckdaub | Dr. Markus Schildknecht

BVerwG, Urteil
vom 17.12.2025 - 10 C 5.24

BVerwG, Urteil vom 17.12.2025 - 10 C 5.24

Sachverhalt



- Vergabeverfahren abgeschlossen
- Unterlegener Bieter stellt keinen Nachprüfungsantrag
- Stattdessen Monate später: IFG-Antrag
- Begehrt vollständige Einsicht in die Bewertungsbegründung seines Angebots

BVerwG, Urteil vom 17.12.2025 - 10 C 5.24

Das Problem



Kollision zwei bisher getrennt gedachter Rechtsgebiete

- Vergaberecht: spezifischen Informations- und Geheimhaltungsregeln
- IFG: weitgehender Informationszugangsanspruch

„IFG als Hintertür?“

BVerwG, Urteil vom 17.12.2025 - 10 C 5.24

Entscheidung



- Keine Sperrwirkung des Vergaberechts
 - Vertraulichkeit = Schutz zwischen den Wettbewerbern
 - Vertraulichkeit \neq der Behörde vor Transparenz
- Einsicht in eigene Bewertung
- Schutz fremder Angebote bleibt

Konsequenz für die Praxis

Praxisproblem

- Vergleichende Wertung

Frage:

→ Führt eine vergleichende Dokumentation dazu, dass der Informationsanspruch faktisch leerläuft?



EuGH Urteil vom 15.01.2026 Rs. C-692/23

EuGH Urteil vom 15.01.2026 Rs. C-692/23

Sachverhalt



Mehrere Gemeinden hatten die Entsorgung von Hausmüll "inhouse" ohne Ausschreibung an eine gemeinsam kontrollierte Gesellschaft vergeben.

Diese Gesellschaft fungierte ihrerseits als „Muttergesellschaft“ eines Konzerns. Die Tochtergesellschaften waren teilweise auch auf anderen Gebieten tätig als der Ausführung der Aufgaben, mit denen die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften von ihren gemeindlichen Anteilseignern betraut worden waren.

Das Mutterunternehmen erstellte einen konsolidierten Bilanzabschluss für den Konzern.

EuGH Urteil vom 15.01.2026 Rs. C-692/23

Das Problem



Inhouse-Vergaben sind nach Art. 12 Abs. 3 Unterabs. 1b Richtlinie 2014/24/EU nur unter engen Voraussetzungen zulässig.

Kernfrage: Wie ist die Quote zu berechnen?

Soll allein auf den **Umsatz der beauftragten Muttergesellschaft** abgestellt werden oder ist der **Umsatz der Unternehmensgruppe** maßgeblich?

EuGH Urteil vom 15.01.2026 Rs. C-692/23

Entscheidung



→ Entscheidend für die Beurteilung des Wesentlichkeitskriteriums von 80% ist der konsolidierte Umsatz der gesamten Unternehmensgruppe!

→ Maßgeblich sei die wirtschaftliche Einheit einer Unternehmensgruppe und nicht deren gesellschaftsrechtliche Organisation.

Konsequenz für die Praxis

Nach Auffassung des EuGH ist für die vergaberechtliche Beurteilung maßgeblich, ob nach geltendem Bilanzrecht die Unternehmen zur Aufstellung eines konsolidierten Abschlusses verpflichtet sind. Sofern ein Konzernabschluss die Unternehmensgruppe bilanziell als wirtschaftliche Einheit darstellt, kann von einer Zurechnung ausgegangen werden.

Praxistipp:

Besonders zu beachten ist, dass der EuGH in seiner Entscheidung ausdrücklich klargestellt hat, dass seine Entscheidung zeitlich unbegrenzt auch auf bereits zurückliegende Sachverhalte Anwendung findet. Eine Überprüfung von getätigten Inhouse-Beauftragungen ist daher zu empfehlen.

OLG Frankfurt, Beschluss
vom 9.10.2025 11 Verg 3/25

OLG Frankfurt, Beschluss vom 9.10.2025 11 Verg 3/25

Sachverhalt



Ein zentraler IT-Dienstleister schrieb eine Rahmenvereinbarung zur Bereitstellung von Software für ein digitales Bürgeramt (mit Videoberatung) im offenen Verfahren nach VgV europaweit aus.

Die Unterlagen enthielten einen Anforderungskatalog mit Ausschlusskriterien und Wertungskriterien.

Die Zuschlagskriterien berücksichtigten neben dem Preis mit 40% noch qualitative Kriterien mit 60%.

Der Antragsteller rügte u. a., dass die Wertungskriterien (und ihre Gewichtung) auf das Produkt der Beigeladenen zugeschnitten seien, so dass eine sog. verdeckt produktspezifische Leistungsbeschreibung nach § 31 Abs. 6 VgV vorliegen würde.

OLG Frankfurt, Beschluss vom 9.10.2025 11 Verg 3/25

Das Problem



Kann ein Verstoß gegen das Gebot der produktneutralen Ausschreibung durch die Gestaltung der Zuschlagskriterien vorliegen?

OLG Frankfurt, Beschluss vom 9.10.2025 11 Verg 3/25

Entscheidung



- Grundsätzlich ist eine (verdeckte) produktspezifische Ausschreibung auch über Wertungskriterien denkbar, wenn diese so ausgestaltet sind, dass andere Unternehmen den Zuschlag auch unter Berücksichtigung weiterer Kriterien nicht erhalten können.
- Sofern aber die Differenz in der qualitativen Bewertung über den Preis auszuholen ist, liegt keine (verdeckte) produktspezifische Ausschreibung vor.

Konsequenz für die Praxis

Praxistipp:

Nicht nur die Leistungsbeschreibung sondern auch Zuschlagskriterien und deren Gewichtung können produktspezifisch „wirken“.

EuGH, Urt. v. 22.1.2026 – C-812/24 – LIPOR

EuGH, Urt. v. 22.1.2026 – C-812/24 – LIPOR

Sachverhalt



Ein kommunale Abfallbewirtschaftungsverband im Großraum Porto schrieb den Transport und die Ablagerung von Abfällen aus einer Energierückgewinnungsanlage im offenen Verfahren aus.

Die Vergabeunterlagen verlangten u.a. die Abgabe einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) zusammen mit dem Angebot.

Ein Bieter reichte die EEE ausschließlich für das eigene Unternehmen ein.

Für seine hundertprozentige Tochtergesellschaft, die über die dem Angebot beigefügte Genehmigung zum Betrieb einer Deponie verfügte und deren Kapazitäten dem Nachweis der Leistungsfähigkeit dienten, wurde keine Erklärungen einreicht.

Mutter- und Tochtergesellschaft wiesen zudem denselben Geschäftsführer auf.

EuGH, Urt. v. 22.1.2026 – C-812/24 – LIPOR

Das Problem



Ist eine Eignungsleihe notwendig?

Liegt eine wirksame Eignungsleihe vor?

EuGH, Urte. v. 22.1.2026 – C-812/24 – LIPOR

Entscheidung



- Art. 63 Abs. 1 UAbs. 1 Satz 1 RL 2014/24/EU regelt die Eignungsleihe
- **„ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen“**. Aus diesem Grund erfasst die Inanspruchnahme der Kapazitäten einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft durch ihre Muttergesellschaft die Begriffswendung „anderer Unternehmen“
- aus der bloßen Konzernzugehörigkeit lässt sich nicht ableiten, dass die Ressourcen eines anderen Konzernunternehmens automatisch und stets zur Verfügung stehen.

Konsequenz für die Praxis

Praxistipp:

Die Begriffswendung „anderer Unternehmen“ ist unabhängig von gesellschaftsrechtlichen Verflechtungen auszulegen.

Für eine Eignungsleihe ist insoweit allein das Bestehen rechtlich selbständiger Rechtspersönlichkeiten maßgeblich.

Ob zwischen den Unternehmen eine gesellschaftsrechtliche Verbindung besteht oder eine bestimmte Form der Kontrolle ausgeübt wird, bleibt ohne Bedeutung.

LG Gießen, Urteil
vom 12.01.2026 - 6 O 41/25

LG Gießen, Urteil vom 12.01.2026 - 6 O 41/25

Sachverhalt



- Landkreis schreibt Beratungsleistung aus
- Dienstleister soll Vergabeverfahren vollständig begleiten.

unter anderem

- Vertragsentwürfe
- Eignungs- und Zuschlagskriterien
- rechtssicheres Vergabeverfahren vorbereiten & durchführen
- die rechtskonforme Durchführung der Vergabe sicherstellt
- Vergabeunterlagen erstellen & prüfen

LG Gießen, Urteil vom 12.01.2026 - 6 O 41/25

Das Problem

→ Projektmanagement

oder

→ Rechtsberatung nach § 2 RDG ?



LG Gießen, Urteil vom 12.01.2026 - 6 O 41/25

Entscheidung



Wer ein rechtssicheres Vergabeverfahren verlangt, verlangt **Rechtsrat**

- keine bloße Nebenleistung
- rechtliche Komponente zentral

→ Mit der Rechtssicherheit steht und fällt das gesamte Vergabeverfahren

Konsequenz für die Praxis

Praxisproblem:

- Kein „Alles-aus-einer-Hand“-Modell
- Trennung erforderlich:
 - rechtliche Beratung
 - fachlich-organisatorisch

Praxistipp:

Achten Sie auf Begriffe wie „rechtssicher“, „rechtskonform“, „Vergaberechtsberatung“

「MENOLD
BEZLER」